

Newsletter November 2020

Corona und Schule

Wie kommen wir durch Herbst und Winter?

Die Ausgangslage

In Schleswig-Holstein gibt es 792 Schulen mit noch mehr Standorten. Von diesen sind 630 an das glasfaserbasierte Landesnetz angeschlossen. Der Anschluss der letzten Schulen wird bis Ende 2023 auf sich warten lassen. 192 Schulen haben das Angebot des Landes zur Bereitstellung des Lernmanagementsystems „itslearning“ angenommen. Für den über Dataport bereitgestellten Videokonferenzdienst haben bisher 120 Schulen Nutzerkennungen beantragt. Das ist die Lage der Schulen im „Corona-Herbst 2020“ in Schleswig-Holstein, die neben dem digitalen Lernen auch Lüftungskonzepte und für die Phasen von Schulschließungen besondere Unterstützung für Leistungsschwächere Schüler*innen organisieren müssen. Die Bildungsministerin hatte für die ersten 14 Tage nach den Herbstferien eine Maskenpflicht an weiterführenden Schulen auch im Unterricht angeordnet. Diese Maßnahme wurde von der Landesregierung auf unbestimmte Zeit verlängert, Gesundheitsämter in einzelnen Kreisen gehen noch weiter und verlangen das Maskentragen auch von Grundschüler*innen.



Da ordert die Landesregierung 35.000 Faceshields, die weit weniger wirksam sind als Stoffmasken und erst an die Schulen ausgeliefert werden, als sie in anderen Bereichen explizit nicht mehr getragen werden sollen.

Die Umsetzung der Lernplattform „itslearning“ gestaltet sich schwierig. Videokonferenzen lassen sich damit noch nicht durchführen. Es sieht vor Ort nicht so rosig aus wie in der Brunswiker Straße, wo das Ministerium sitzt..

Die Kriterien nach denen die Mittel für digitale Endgeräte verteilt werden, sind nicht immer transparent. Landen die Geräte bei den bedürftigen Schüler*innen?

Die letzten Schulen werden erst in der nächsten Legislaturperiode (ab 2022) ans Glasfasernetz angeschlossen.

Luftfilteranlagen wären sicher die beste Lösung, aber sie sind natürlich teuer und auch nicht sofort in großer Stückzahl zu haben. Wie viele brauchen wir? Wo?

Nicht alle Schulen trainieren den Wechsel zwischen Präsenz-Unterricht und Home-Learning ausreichend.

Die Regierungsmehrheit hat unsere Initiative zur Frage der Schulbusse abgelehnt, war aber nicht in der Lage, irgendetwas Besseres zu präsentieren. Sie überlässt es einzelnen Kreisen, in Verbesserungen des Schülertransports zu investieren.



Pädagogische Bewältigung des Winters

Für den Winter 2020/21 rechnen wir wegen der steigenden Infektionszahlen mit zahlreichen Schulschließungen. Bei deren pädagogischer Bewältigung wollen wir Schulen und Eltern unterstützen, zum Beispiel mit digitalem Elterntaining für Eltern, die erneut in die Lage kommen, den Fernunterricht ihrer Kinder zuhause zu unterstützen oder mit Richtlinien für die Vorbereitung, Vergabe und Kontrolle von Aufgaben durch die Lehrkräfte in diesen Phasen. Bei den Schulschließungen im Frühjahr hat sich erneut gezeigt, dass ein ungünstiges Arbeitsverhalten von Kindern zuweilen mit ungünstigen Unterstützungsstrategien seitens ihrer Eltern zusammentrifft. Beispielsweise führt ein Mehr an Druck und Kontrolle selten zu einem positiven Ergebnis. Zudem hat sich gezeigt, dass regelmäßig erteilte eher kurze Aufträge mit Anteilen von Teamarbeit eher zur Motivation der Schüler*innen beitragen als eine hohe Anzahl von Aufgaben auf einmal, an denen über einen langen Zeitraum alleine gearbeitet werden muss. Die Phasen selbständigen Arbeitens zuhause machten auch einmal mehr die Notwendigkeit von formativer Leistungsrückmeldung deutlich - es braucht Hinweise auf individuelle Verbesserungsmöglichkeiten, die eine Ziffernnote nicht liefern kann. Wir dürfen aber auch nicht davor zurückschrecken, die Fülle der Inhalte in den einzelnen Schulfächern unter die Lupe zu nehmen. Natürlich werden wir keine ganzen Fächer aufgeben können – jeder von uns hätte vermutlich andere Vorstellungen, welches Fach das sein sollte. Aber eine Entrümpelung von Inhalten, die sein können, aber die nicht sein müssen, muss jetzt kommen.

Der Antrag wurde von den Jamaika-Fraktionen abgelehnt, auch eine Ausschussüberweisung wurde verweigert.

Kleine Anfrage: Digitale Infrastruktur an Schulen im Herbst 2020 ([19/2458](#))

Berichtsantrag: Lage an den Schulen im Corona-Herbst ([19/2486](#))

Antrag: Pädagogische Bewältigung des Corona-Winters ([19/2488](#))

[Landtagsrede von Martin Habersaat \(29.10.2020\)](#)

Luftreiniger

Für die SPD gehört das Aufrechterhalten des Kita- und Schulbetriebs zu unseren höchsten Prioritäten. Es geht einerseits um die Lebenschancen unserer Kinder, aber auch um die Eltern, denen nicht noch größere Belastungen bis ins nächste Jahr zuzumuten sind. Dafür haben Bund und Länder für den November harte Maßnahmen vereinbart. Schulen und Kindergärten durchgehend offenzuhalten, wird nur gehen, wenn es dort nicht zu größeren Ansteckungswellen kommt. Die Belüftung der Räumlichkeiten ist dabei sicherlich der kostengünstigste und erfolgversprechendste Weg. Das funktioniert aber nicht überall. Einzelne Schulen und Schulträger haben sich auf den Weg gemacht, aber die Möglichkeiten vor Ort unterscheiden sich deutlich. Die Landesregierung muss die Kraft finden, dort zu helfen, wo das nicht reicht. Sommer- und Herbstferien sind hier ohne Fortschritte verstrichen.

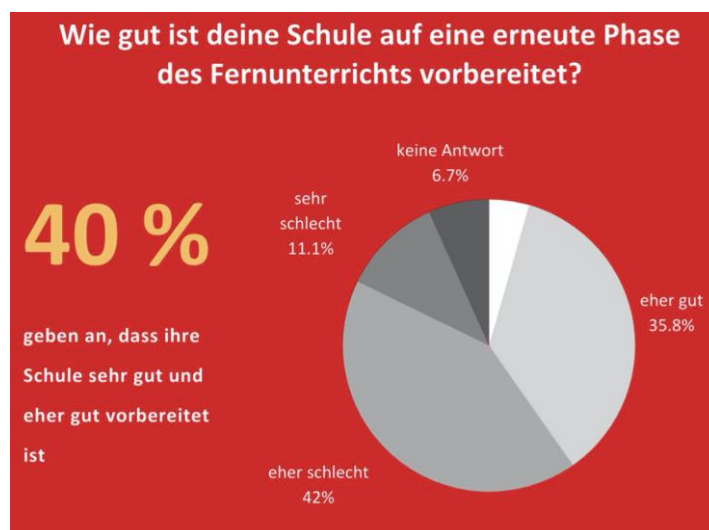
GEW-Umfrage

Die GEW hat ihre Mitglieder zur Lage an den Schulen während der Corona-Epidemie befragt.

Die Lehrkräfte arbeiten mehr als vor der Krise.

53,1 Prozent sehen ihre Schule eher schlecht oder sehr schlecht auf eine neue Phase des Fernunterrichts vorbereitet.

[Hier geht es zu den Ergebnissen.](#)



G9 Kosten sammeln!

Die Landesregierung hat zugesichert, für einen reibungslosen Ablauf der Umstellung des gymnasialen Bildungsgangs von G8 nach G9 zu sorgen. Es ist gut, dass es diese Zusicherung gibt. Weniger gut ist, dass ein Mehrbelastungsausgleich für etwaige festgestellte Mehraufwendungen erst ab dem Jahr 2023, also von der nächsten Landesregierung, geleistet werden soll. Trotzdem laufen die Planungen in den Kommunen jetzt auf Hochtouren, und die Kosten müssen gesammelt werden; es werden ohnehin noch schwere Diskussionen folgen. Der Ministerpräsident will Schulen und Kommunen nämlich nur helfen, wenn der finanzielle Mehrbedarf „notwendig, unabwendbar und unmittelbar durch das Gesetz verursacht worden ist.“ Das trifft aus unserer Sicht auf alle Klassen- und Fachräume zu, die für einen zusätzlichen 13. Jahrgang eingerichtet werden müssen.

Statistik

Schülerinnen und Schüler an öffentlichen berufsbildenden Schulen

Schuljahr	Berufsschule	Berufs-fachschule	Fach- oberschule	Berufs- oberschule	Beruf. Gymnasium	Fachschule	Summe
2017/18	63.978	12.472	874	835	9.343	5.108	92.610
2018/19	62.967	12.433	748	813	8.704	5.312	90.977
2019/20	62.606	12.035	573	669	8.066	5.540	89.489

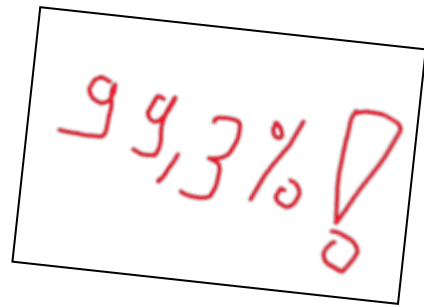
Schülerinnen und Schüler an allen öffentlichen Schulen zusammen

Schuljahr	
2017/18	371.751
2018/19	368.097
2019/20	363.885

Quelle: [Haushaltsentwurf 2021](#)

Aus dem Netz

Bettina Hagedorn deckt auf:
Über 3,22 Millionen Euro für Neustadts Schulen –
[Förderbescheide von Frau Prien stammen zu 99,3 % vom Bund!](#)



KMK reformiert Erzieher*innenausbildung

Mit der [Einführung der praxisintegrierten Ausbildung](#) als Regelausbildungsform an der Fachschule für Sozialpädagogik wird eine Verzahnung von Theorie und Praxis erreicht sowie der Rahmen zur Gewährung einer Ausbildungsvergütung geschaffen. Zur Erschließung neuer Zielgruppen wird die Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin und zum staatlich anerkannten Erzieher unter bestimmten Voraussetzungen für Inhaberinnen und Inhaber einer Hochschulzugangsberechtigung sowie für Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung in anderen Bereichen geöffnet. Die Teilzeitausbildung ermöglicht auch Personen in besonderen Lebenssituationen den Zugang zur Tätigkeit als qualifizierte Fachkraft. Damit werden zumindest Elemente unteres Antrages „[Erzieherische und sozialpädagogische Ausbildungen attraktiver gestalten und Ausbildungsvergütung einführen](#)“ umgesetzt.

Produktionsschulen in Schleswig-Holstein

In Deutschland gibt es derzeit etwa 170 Produktionsschulen. In ihrer Arbeit verknüpfen sie berufliche Qualifikation mit erwerbsorientierter Produktion, wobei "Arbeits- oder Produktionsprozesse nach didaktischen Gesichtspunkten gestaltet und für die Lernenden fruchtbar gemacht werden." ([Quelle](#)) Neben Produktionsschulen, in denen die Schulpflicht erfüllt werden kann, gibt es in einigen Bundesländern, so auch bei uns in Schleswig-Holstein, Produktionsschulangebote, die sich explizit an „[junge Menschen mit eingeschränkter beruflicher Perspektive](#)“ richten. Diese haben keinen Schul- oder Berufsabschluss oder/und weitere Einstellungshemmnisse und sollen durch die niedrigschwellige Förderung in der Produktionsschule aufgefangen werden; dadurch soll die „individuelle und lebensweltbezogene Kompetenzentwicklung der Teilnehmenden“ gefördert werden. Dieses Angebot richtet sich an junge Menschen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein werden momentan [sieben Produktionsschulen in Schleswig-Holstein gefördert](#) ((Meldorf, Flensburg, Ratzeburg, Kiel, Lübeck, Schleswig, Kellinghusen). Eine weitere Produktionsschule in Malente wurde 2018 aufgrund fehlender Einnahmen geschlossen. Das Land fördert maximal 73 % der zuwendungsfähigen Kosten aus ESF- und Landesmitteln. Mindestens 25 % der zuwendungsfähigen Kosten sind von der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, der Jugendhilfe oder von Dritten zu tragen. Wie es weitergeht, wird sich anhand der Fördermittel aus Europa entscheiden.

Hochschulen

Studierende brauchen Unterstützung in Corona-Zeiten

Studienfinanzierung

Nach der Sozialerhebung des Deutschen Studenten-Werkes müssen in Schleswig-Holstein etwa ein Drittel der Studierenden, d.h. ca. 22.000 Studierende, zwingend einer bezahlten Nebentätigkeit nachgehen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Diese Nebentätigkeiten sind weggebrochen und werden voraussichtlich auch im kommenden Semester nicht zur Verfügung stehen. Die Überbrückungshilfen für die Studierenden von insgesamt 60 Mio. € sind Ende September ausgelaufen. Von 215.000 Anträgen wurden fast 40 % abgelehnt, nicht immer, weil die Antragsteller über zu viel Geld verfügten, sondern auch, weil ihre Notlage nicht ausschließlich auf die Corona-Pandemie zurückgeht. Es braucht nicht rückzahlbare Zuschüsse im Rahmen einer Erweiterung des BAföG – dagegen sperrt sich zur Zeit noch die CDU auf Bundesebene. Die Corona-Pandemie zeigt zudem einmal mehr wie in einem Brennglas, dass wir uns in Deutschland eine Studienfinanzierung leisten, die in den Beträgen zu gering ist und von zu wenigen Studierenden in Anspruch genommen werden kann. Das hat auch etwas damit zu tun, dass – wie im Tätigkeitsbericht 2019 der Bürgerbeauftragten ausgeführt – die derzeit geltenden Altersgrenzen verändert werden müssen und eine Förderung nach BAföG elternunabhängig erfolgen muss. Hier braucht es Reformen.

[Landtagsantrag 19/2489](#)

Psychosoziale Beratung

Studierende und ihre Vertretungen berichten uns, dass sich die psychischen Belastungen und Belastungsfolgen der Studierenden seit Beginn der Corona-Pandemie deutlich verschlechtert haben. Schwierige Wohnsituationen und damit Studienbedingungen, soziale Isolation, Probleme bei der Selbstorganisation, depressive Stimmungen sind nur einige Beispiele. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass die Anzahl der Terminanfragen bei den psychologischen Beratungsangeboten der Studentenwerke seit März rapide angestiegen ist und offensichtlich auch die Dringlichkeit und Schwere der Probleme. Die gängigen Anlaufstellen auf dem Campus sind ausgelastet, die Wartezeit beträgt örtlich bis zu sieben Wochen. Die Studienberatung muss deshalb dringend ausgeweitet werden.

[Kleine Anfrage 19/2449](#)

Hybridsemester

Studierende beklagen einerseits, dass zu wenige **Präsenzveranstaltungen** stattfinden, obwohl genügend große Räume vorhanden sind, in denen die AHA-L-Regeln eingehalten werden können. Einige Hochschulen haben zusätzliche Räume angemietet, andere lassen Hörsäle leer stehen. Wenn Schüler*innen täglich zur Schule gehen können und müssen, dann sind mehr Präsenzveranstaltungen möglich. Gerade Studienanfänger*innen brauchen Beratung und Betreuung. Im Mai haben wir festgestellt, dass in den Hochschulen in kürzester Zeit als Reaktion auf die Krise neue **digitale Angebote**, neue Plattformen bis hin zu neuen Lehrformen im musischen und künstlerischen Bereich entwickelt wurden. Wir haben aber auch festgestellt, dass es bei der Digitalisierung in technischer und didaktischer Hinsicht noch Nachholbedarf gibt. Die Hochschulen, die Lehrenden hatten jetzt fast ein halbes Jahr Zeit, sich auf die neue Situation einzustellen. Wir sind skeptisch, ob das überall gelungen ist, würden uns aber gerne zur Mitte des Semesters mit einer Anhörung der Studierenden im Bildungsausschuss eines Besseren belehren lassen.

[Landtagsrede von Martin Habersaat in Vertretung von Heiner Dunckel \(29.10.2020\)](#)

Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“

An die Stelle der befristeten Hochschulpakete tritt der Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“. Die Hochschulpakete haben die Zahl der Studienplätze in Deutschland und Schleswig-Holstein erhöht, jetzt wollen Bund und Länder gemeinsam die Qualität von Studium und Lehre an den Hochschulen erhöhen – flächendeckend und dauerhaft. Manches wird besser, aber nicht alles gut. Derzeit (Stand 2018) sind ca. 87,3% (Bundesdurchschnitt 88,4%) der Planstellen für Professuren und 31,8% (Bundesdurchschnitt 33,3%) der Stellen des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals unbefristet besetzt. Im Zukunftsvertrag ([Drucksache 19/2320](#)) haben sich Land und Hochschulen auf das eher unambitionierte Ziel verständigt, den Bundesschnitt zu erreichen. Bei den formulierten Zielen hat die Hochschule Flensburg zur Zahl der Studienanfänger bereits bei der Unterschrift zum Vertrag zu Protokoll gegeben, das vereinbarte Ziel nicht erreichen zu können.

Hochschulen in Schleswig-Holstein - Studierende im Wintersemester 2018/19

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 27.134

Fachhochschule Kiel 7.830

Europa-Universität Flensburg 5.842

Technische Hochschule Lübeck 5.027

Universität zu Lübeck 4.905

Hochschule Flensburg 3.866

Fachhochschule Westküste 1.923

Muthesius Kunsthochschule Kiel 548

Musikhochschule Lübeck 413

insgesamt 57.488

Landesregierung verstolpert Promotionskolleg

Mit der Novellierung des Hochschulgesetzes im Frühjahr 2016 schuf die Küstenkoalition aus SPD, Grünen und SSW mit dem [Promotionskolleg Schleswig-Holstein \(§ 54a\)](#) eine bundesweit viel beachtete Möglichkeit, Promotionen auch an Fachhochschulen zu ermöglichen. Wir haben mit der Novellierung des Hochschulgesetzes 2016 durch die Einführung eines Promotionskollegs gewürdigt, dass auch an Fachhochschulen Forschung auf höchstem Niveau stattfindet. Teilweise in Schwerpunkten, die sich an unseren Universitäten so nicht finden, etwa Soziale Arbeit, Bauen, Maschinen- oder Schiffbau. Universitäten und Fachhochschulen können mit dem Promotionskolleg gemeinsam eine hochschulübergreifende wissenschaftliche Einrichtung zur Durchführung von Promotionsverfahren gründen. Seit November 2017 liegt der Entwurf des Gründungsvertrags vor. Seitdem passierte nichts. Das wirft kein gutes Licht auf das zuständige Ministerium – Ministerin und Staatssekretär haben hier schlicht nicht geliefert. Der Entwurf der Organisationssatzung wird von allen teilnehmenden Fachhochschulen, der Europa-Universität Flensburg und der Stiftungsuniversität zu Lübeck getragen. Es hängt seit geraumer Zeit an der CAU. Das Ministerium nennt als Grund für die Verzögerungen das Findungsverfahren für das Präsidentenamt an der CAU. Dieses hat aber erstens nicht knapp fünf Jahre gedauert und zweitens ist es inzwischen abgeschlossen. Wir erwarten, dass es jetzt schnell Fortschritte gibt! ([So berichtete der SHZ.](#))

Folgestudie zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Schleswig-Holstein

Der Landtag hat eine Folgestudie zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Schleswig-Holstein beauftragt. Die Studie soll unter anderem untersuchen, ob es neben vorbelasteten Einzelpersonen auch Netzwerke in Politik, Justiz und Verwaltung gab. Außerdem soll beleuchtet werden, wie sich die Kommunikation im Landtag sowie seinen Ausschüssen und der persönliche Umgang zwischen den in der NS-Zeit unterschiedlich grundorientierten Mitgliedern des Landtages gestalteten. Mit der Erarbeitung wurde Professor Danker von der Europa Universität Flensburg beauftragt. Danker hatte im Auftrag des Landtages bereits die erste Aufarbeitung zur personellen und strukturellen Kontinuität in Schleswig-Holstein nach 1945 erstellt und im Jahr 2016 vorgelegt.

2013 hatte der Schleswig-Holsteinische Landtag eine geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 im Landtag und in der Landesregierung in Auftrag gegeben. Ziele der Untersuchung waren die Dokumentation der personellen und strukturellen Kontinuitäten zu Staat, Verwaltung, NSDAP und NS-Organisationen in Schleswig-Holsteins Legislative und Exekutive; die Untersuchung der Frage, ob es in Schleswig-Holstein eine besonders ausgeprägte Tendenz zu einer politischen und beruflichen Rehabilitierung ehemaliger Nationalsozialisten gegeben hatte sowie auf welche Weise und in welchem Umfang es gelang, ehemalige Nationalsozialisten in den demokratischen Staat zu integrieren und wie dies das politische Klima beeinflusst hatte. Ein Ergebnis der damaligen Untersuchung: Ehemalige Nationalsozialisten haben die Landespolitik bis in die 1980er Jahre hinein mit geprägt. Zwischenzeitlich waren mehr als die Hälfte der der Landtagsabgeordneten einstmalige „Parteigenossen“. Die Ergebnisse der Folgestudie werden 2021 erwartet.

Literatur:

Uwe Danker, Sebastian Lehmann-Himmel: Landespolitik mit Vergangenheit: Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive nach 1945. Husum 2017. Pappband 608 S. ISBN 9783898768573

[\(Bei Amazon ansehen, im örtlichen Buchhandel bestellen ; -\)](#)

Oder als Landtagsdrucksache: Drucksache [18/4464](#)

Reichskriegsflaggen

Bei jedem Aufmarsch von selbsternannten „Querdenkern“, die sich weigern, ihre Mitmenschen durch das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung zu schützen, und auf jedem Aufzug von Rechtsextremisten sieht man die Flaggen verflossener deutscher Regimes. Hakenkreuzflaggen sind verboten und strafbar, darum nimmt man gern die Flagge des Kaiserreiches. Natürlich kann man das vordemokratische wilhelminische Reich nicht mit dem Terrorregime der Nazis gleichsetzen. Wer aber Reichskriegsflaggen (egal in welcher Version) schwenkt, tut dies, um sich vom demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik abzugrenzen. Das sollten wir nicht hinnehmen. Wir haben deshalb im Landtag beantragt, dass sich die Landesregierung für ein rechtsfestes bundesweites Verbot einsetzt. Bei der Erarbeitung eines

solchen Gesetzentwurfes ist es auch nicht verboten, sich des Sachverstandes der antifaschistischen Öffentlichkeit zu bedienen.

Unser Antrag: Drucksache [19/2490 \(neu\)](#)

[Dazu die Rede von Tobias von Pein](#)

Anmeldung zum Newsletter / Archiv

Wer das hier lesen kann, hat diesen Newsletter erhalten und bleibt im Verteiler, wenn er/sie sich nicht davon abmeldet. Wer ihn darüber hinaus erhalten will, schreibe bitte eine Mail an M.Strake@spd.lsh.de. Die bisherigen Ausgaben finden sich hier: <https://www.spd-fraktion-sh.de/downloads/newsletter-des-arbeitskreises-bildung/>.



In Kürze

BuT zahlt Nachhilfe jetzt unabhängig von Versetzungsgefährdung

STARKE-FAMILIEN-GESETZ bringt Verbesserungen im Bildungspaket

Mehr Unterstützung für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen*

Was ist neu?

	BISHER	NEU
 LERNFÖRDERUNG	Vielfach nur bei gefährdeter Versetzung	Unabhängig von Versetzungsgefährdung
 MITTAGESSEN UND SCHÜLER-BEFÖRDERUNG	Mit Zuzahlung	Kostenfrei
 SCHULBEDARF	100 € für Schulmaterial	150 € und ab 2021 jährliche Erhöhung
 TEILHABEBEITRAG (bei Teilnahme z. B. bei Sport, Spiel oder Kultur)	Bis zu 10 € pro Monat	15 € monatlich pauschal



NEU
Weniger Aufwand bei Beantragung und Abrechnung dieser Leistungen

www.bmas.de/bildungspaket

* Alle Familien, die Grundsicherung, Kinderzuschlag, Wohngeld oder Asylbewerberleistungen beziehen

<https://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Grundsicherung/Leistungen-zur-Sicherung-des-Lebensunterhalts/Bildungspaket/leistungen-bildungspaket.html>

Schulen ans Glasfasernetz

Auf den Webseiten der Landesregierung ist eine [Liste des MELUND](#) veröffentlicht, die monatlich aktualisiert wird, aus der der Ausbaustatus der einzelnen Schulstandorte entnommen werden kann.

Stornogebühren bei abgesagten Klassenreisen

Mit der Regierung haben wir vereinbart, dass die Stornokosten für Klassenfahrten, die bis zum 13.03.2020 gebucht wurden, übernommen werden. Die konkrete Umsetzung obliegt dem Bildungsministerium und wir hoffen, dass die Ministerin die Kraft zu schnellen Lösungen findet. Die Fraktionen haben die getroffenen Vereinbarungen wegen einiger aufgetretener Verunsicherungen noch einmal in einem Landtagsantrag zusammengefasst. Die Regelung zu den Klassenfahrten findet sich hier auf [Seite 5](#).

Mehr Geld für digitale Endgeräte

Mit dem gleichen Antrag (s.o.) wurde beschlossen, aus Landesmitteln zusätzlich zu den mit dem Bund vereinbarten Mitteln für den Erwerb von digitalen Endgeräten zur Nutzung für Schülerinnen und Schüler 14 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen.

Unterstützung für „Schüler helfen Leben“

Die Stiftung Schüler helfen Leben erhält vom Land Corona-Hilfen in Höhe von 412.260,26 Euro ([Umdruck 19/4727](#)).

Schulbauförderung

Im Rahmen der Verhandlungen mit Jamaika haben wir ein neues IMPULS-Programm verabredet (IMPULS heißt das Sondervermögen, das wir in der letzten Legislaturperiode für Investitionen angelegt haben und das Jamaika weiter aufgestockt hat). Außerdem wird es auch Mittel für energetische Sanierungen geben. Dazu gibt es noch keine Details, weil mit dem Beschluss in der kommenden Woche erst die Grundlagen geschaffen werden. Die Förderrichtlinien werden erst nach dem Beschluss entwickelt.

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02400/drucksache-19-02492.pdf>

Außerdem gibt es Bundesmittel für den Ganztagsausbau, die vom Land kofinanziert werden.

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/unterrichtungen/00200/unterrichtung-19-00252.pdf>



Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung

Neulich bei Twitter



Karin Prien ✓
@PrienKarin

Ich war heute zu einem Schulbesuch in einer Grundschule und habe dabei für ein kurzes Interview für wenige Minuten die Maske abgelegt und damit nicht alle Corona-Regeln eingehalten. Mein Statement:

Ich war heute zum Start des Präsenzunterrichts nach den Herbstferien bei einem Schulbesuch an einer Grundschule und stand dort auch einem Kamerateam des ZDF Rede und Antwort, das über den Schulstart nach den Herbstferien in Schleswig-Holstein berichten wollte. Dabei habe ich, bei geöffneten Fenstern und Türen und unter Einhaltung des Mindestabstands, für wenige Minuten für ein Interview mit dem Journalisten meine Maske abgenommen. Trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen entsprach dies nicht unseren Regeln. Das hätte mir nicht passieren dürfen und ich bitte um Entschuldigung für diesen Fehler. In unserem Bestreben, die Gelassenheit, die Kreativität und die großartige Arbeit unserer Schulen vor Ort zu dokumentieren, haben wir uns selbst nicht an die Regeln gehalten. Diesen Fehler bedauere ich sehr und wir werden zukünftig noch genauer darauf achten, dass auch das Recht der Presse auf Berichterstattung im Einklang mit allen Corona-Regeln erfolgt.

Karin Prien



21:11 · 19.10.20 · Twitter for iPhone



Martin Habersaat ✓
@martinhabersaat

Hoffentlich liegt der Grund für die Ausnahme nicht -nicht mal ein kleines bisschen - in dem Umstand, dass die Bildungsministerin vor Wochen Face Shields für alle Lehrkräfte angekündigt hat und jetzt die letzten Chargen ausgeliefert werden.



Wenn die eine Hand nicht weiß, was die andere tut...

Lehrerbildung – Bewerbung um Referendariatsplätze



Neben einer Verschiebung des Bewerbungstichtages auf den 01.05.2020 bzw. 01.11.2020 wird auf die Vorlage einer beglaubigten Kopie des Masterzeugnisses verzichtet. Stattdessen wird vorläufig auch eine einfache Kopie im Rahmen der Bewerbung akzeptiert. **Es gibt keine unterschiedliche Regelung für die verschiedenen Lehrämter.**

[\(Antwort auf die Kleine Anfrage 19/2452\)](#)



Außer für das Lehramt an Gymnasien fordern wir alle potentiellen Bewerber*innen auf, sich möglichst bis zum Bewerbungstichtag auch ohne Masterzeugnis zu bewerben. Nach jetzigem Stand können nahezu alle Bewerber*innen einen Ausbildungsplatz erhalten.

[\(Information auf den Webseiten der Landesregierung\)](#)

Lehrkräfte im Sabbatjahr -Helfer in der Krise?



Außerdem habe man Lehrkräften angeboten, ihr Teilzeitkontingent zu erhöhen. **Darüber hinaus biete man Lehrkräften an, ein ursprünglich geplantes Sabbatjahr zu verschieben.**

([Bericht der Bildungsministerin im Bildungsausschuss](#))



Hat die Landesregierung Lehrkräften, denen ein Sabbatjahr bewilligt wurde, den Rücktritt von einem Sabbatjahr angeboten?

Antwort: Nein.

([Antwort auf die Kleine Anfrage 19/2439](#))

Unsere neuesten Pressemitteilungen

Schule

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 02.10.2020:

Peinlicher letzter Platz beim Digitalpakt

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-10-02-10-05-45-0fa9/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 13.10.2020:

Ein CDU-Plan, der kein einziges Problem löst (zum Vorschlag, die Weihnachtsferien zu verlängern und die Sommerferien zu verkürzen)

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-10-13-12-13-49-0c31/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 27.10.2020:

Übergriffe gegen Elternbeirat: zwischen dumm und böseartig

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-10-27-11-11-32-1a27/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Hochschule

Pressemitteilung von Martin Habersaat und Heiner Dunckel:

Wie die Landesregierung das Promotionskolleg verstoßert

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-10-21-11-01-00-6839/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Rechtsextremismus

Pressemitteilung von Dr. Ralf Stegner vom 29.09.2020:

So einer gehört eingesperrt (zu Äußerungen eines früheren AfD-Pressesprechers)

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-29-15-19-32-0c65/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 19.10.2020:

Meuthen macht auf harmlos – sein Fußvolk verletzt Menschen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-10-19-11-57-28-32f5/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 22.10.2020:

Reichskriegsflaggen sind ein Statement gegen die Demokratie

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-10-22-10-32-48-4501/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Unsere Arbeitskreis-Mitglieder

[Martin Habersaat](#)

Vorsitzender, Sprecher für Kulturpolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften

[Prof. Dr. Heiner Dunkel](#)

Sprecher für Hochschule, Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung

[Kirsten Eickhoff-Weber](#)

Sprecherin für Berufliche Bildung

[Bernd Heinemann](#)

Sprecher für Niederdeutsch

[Tobias von Pein](#)

Sprecher für politische Bildung und gegen Rechtsextremismus

[Kai Vogel](#)

Sprecher für Schulpolitik

Impressum

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel.
Email: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de